

☐ Motion☐ Postulat☒ Interpellation
☒ schriftliche Beantwortung

Eingereicht von: Max Lemmenmeier

Titel: **Bevölkerungsbefragung Stadt St. Gallen 2005: Sinn oder Unsinn?**

Text: Der Stadtrat hat im Juni 2005 eine „repräsentative Bevölkerungsbefragung“ durchführen lassen. Ziel sollte es sein, „zum ersten Mal in einem umfassenden Sinn die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner zu erkunden. Mit der fachlichen Leitung dieses Befragungsprojekts, das vom Markt- und Sozialforschungsinstitut LINK in Luzern durchgeführt wurde, beauftragten die Stadtbehörden die Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen. Die Fachstelle nimmt seit 2003 einen Leistungsauftrag der Stadt St.Gallen im Bereich der öffentlichen Statistik wahr. Die in der Befragung angesprochenen Themenkreise werden auch in Bevölkerungsbefragungen anderer Städte verwendet, um einen Vergleich vornehmen zu können. Der Stadtrat beabsichtigt künftig alle zwei Jahre eine solche Befragung durchzuführen.

Nun liegen die Ergebnisse der ersten Befragung vor. Sowohl im Zusammenhang mit dem Wert solcher Umfragen als auch im Zusammenhang mit dem methodischen Vorgehen ergeben sich einige grundsätzliche Bedenken. Zu einen sind die gestellten Fragen derart nichtssagend oder suggestiv, dass sie offensichtlich auf ein von den Behörden gewünschtes Ergebnis hinauslaufen müssen. Zum anderen werden zentrale Bereiche des städtischen Zusammenlebens ausgeklammert. Fraglich scheint es auch aus Telefonbefragungen zwischen 17.30 Uhr und 21.00 Uhr bzw. am Samstag von 9.00 Uhr bis 16.00 (also in der Freizeit) weit reichende Schlüsse auf das tatsächliche Denken der Stadtbevölkerung zu ziehen.

Noch gravierender als die oberflächliche Methode wiegt aber der staatspolitische Aspekt. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt St. Gallen wählen alle vier Jahre ihre Vertreter in den Stadtrat und das Parlament und verfügen über die direktdemokratischen Rechte von Initiative und Referendum. Die gewählten Vertreter haben die Bürgerinnen und Bürger haben im Widerstreit der politischen Meinungen die anstehenden Probleme aufzugreifen und einer konstruktiven Lösung zuzuführen. zu erfüllen. Es braucht neben den Wahlen nicht dauernde Befragungen zum Image der Behörden. Zumal auch die Gefahr besteht, dass die Exekutive als Auftraggeber die Befragungen in einseitiger und manipulativer Weise einsetzt. Dass dafür erhebliche Mittel eingesetzt werden, ist deshalb nicht sinnvoll.

Ausgehend von diesen Bedenken bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch waren die Kosten für die Bevölkerungsbefragung 2005?
2. Auf welche gesetzliche Grundlage stützte sich der Stadtrat bei der Erteilung dieses Auftrags an die Fachstelle für Statistik, dies besonders, weil es sich nicht um die Erhebung objektiver Bevölkerungsdaten (Aufgabe der öffentlichen Statistik), sondern um die Erfassung willkürlich ausgewählter subjektiver Meinungen handelt?
3. Welchen Gewinn sieht der Stadtrat für die Lösung der anstehenden Probleme (Bevölkerungsstagnation, ungenügende Finanzkraft, schlechter zentralörtlicher Ausgleich usw.) in der Feststellung, dass die st.gallische Stadtbevölkerung „zufriedener“ ist als die zürcherische?
4. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Wahlen und Abstimmungen ihren konkreten politischen Willen äussern und mehrmalige Zufriedenheitsabklärungen eine Verschwendung staatlicher Mittel darstellen?
5. Welche neuen Erkenntnisse hat die „umfassende Befragung der Bevölkerung“ dem Stadtrat geliefert, die er nicht schon vorher gewusst hat?
6. Als erstes Ergebnis aus der Befragung hebt der Stadtrat in seiner Medienmitteilung hervor, dass die Bevölkerung stärkere Polizeipräsenz wünsche. Wie kommt der Stadtrat dazu, von der Bevölkerung zu sprechen, obwohl nur 25 Prozent der Befragten eine generelle Erhöhung der Polizeipräsenz wünschten? Ist Verbesserung der städtischen Lebensqualität für den Stadtrat nur Ausbau der Polizei?
7. Findet es der Stadtrat nicht auch wichtiger, kreativ und aktiv an der Lösung der allseits bekannten Probleme zu arbeiten als mit Steuergeldern das Image der Verwaltung aufzubessern?

Datum: 15. 11. 2005

Unterschrift:



Adam-Allenspach Patrizia	Hasler Paul
Baumgartner Christoph	Helfenstein Felice
Bazzi Gian	Hostettler Christian
Beglinger Peter	Huber-Kobler Maria
Bischof Fridolin	Huber Sylvia S. Huber
Bischoff-Bruggmann Ruth	Ilg Karin K. Ilg
Boesch Martin B. Boesch	Kappler Gallus
Bollhalder Markus	Keller Guido
Bölsterli-Wickart Christine	Keller Michael
Braun Stephan	Königer Doris D. König
Breitenmoser Roland	Kraner-Bürge Ida aa Kraner-Bürge
Brunner Fredy	Kundert Hannes
Brunner Walter W. Brunner	Lemmenmeier Max
Bühler Roman Claudio	Lutz Manuela M. Lutz
Candrian Maurus	Meyer Thomas
Cozzio-Heuberger Trudy	Möri Walter
Diggelmann Jürg D. Diggelmann	Nufer Albert A. Nufer
Dörflinger Peter P. Dörflinger	Oswald Kurt
Dornier Roger	Reut Felix
Ebneter Josef	Rohrer Niklaus
Eigenmann Thomas T. Eigenmann	Rotach Marcel
Engel René	Schäfli Beat Marcel Kolongo / Schäfli
Etter-Steinlin Lisa L. Etter-Steinlin	Schmid Robert
Fehr Dietsche Christina Ch. Fehr	Schmid-Keller Susanne S. Schmid
Frank Andreas A. Frank	Schneider-Gallati Philip
Gabler Karl	Schwager Thomas T. Schwager
Gehrig Roland	Solenthaler Christoph
Gerster Wolf Heidi	Steiner Hunziker Brigit N. Steiner
Gschwend Karl	Studer-Lenzlinger Beata
Guggenbühl Robert	Tapernoux-Frey Susi S. Tapernoux
Hälg-Büchi Veronica	Tsering-Bruderer Angela T. Tsering
Halter Max	Buoss-Willi Claudia C. Buoss-Willi
Hasler Etr. H. Hasler	
Wenk Franziska F. Wenk	

St. Gallen, 13. Mai 2004-kg

